Geschrieben von: Lorenz
Mittwoch, den 23. Juli 2014 um 23:32 Uhr

Allerdings hat das Land Niedersachsen auch "Strecke Löhne-Elze als südlichere Variante angemeldet"

Lies lehnt voreilige Festlegung auf Trassenvariante im Ost-West-Schienenverkehr ab

Donnerstag 24. Juli 2014 - **Hannover/ Hameln/ Bad Pyrmont (wbn). Der niedersächsische Verkehrsminister Olaf Lies lehnt derzeit eine Festlegung des Landes zum Schienenausbau in Ost-West-Richtung ab.**

Das Land habe sowohl die Strecke Minden-Seelze als auch die Strecke Löhne-Elze als südlichere Variante zum Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Olaf Lies wörtlich: "Es ist überhaupt noch nichts entschieden. Der Bund wird beide Varianten in einem objektiven Bewertungsverfahren zur Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplanes überprüfen. Dazu ist jetzt noch eine dritte Variante im Spiel, die, aus dem Ruhrgebiet kommend, über Bad Pyrmont und Hameln in Richtung Elze verlaufen würde. Anscheinend wird seitens des Bundesverkehrsministeriums jetzt sogar diese Trasse favorisiert", erklärte der Minister.

Fortsetzung von Seite 1

"Wir sollten angesichts vieler Unwägbarkeiten wirklich die Untersuchungen abwarten, ehe wir uns in dieser Frage positionieren", so der Minister weiter. Lies reagierte mit diesen Aussagen auf einen Antrag der CDU im niedersächsischen Landtag, wonach das Land schon jetzt den Ausbau der Nordvariante (Minden-Seelze) einseitig unterstützen sollte. "Das wäre voreilig, zumal für eine Bewertung dieser Varianten noch kein belastbares Zahlenmaterial vorliegt. Die aktuellen Daten zur Verkehrsprognose werden doch jetzt erst vom Bund zusammengetragen."

Auch die bisher bekannten Kosten für einzelne Planungen seien angesichts umfangreicher, zusätzlicher Lärmschutzmaßnahmen nicht mehr aktuell. Die Verkehrsminister in NRW und Niedersachsen sind sich einig, dass der Engpass westlich von Hannover im Zuge des BVWP 2015 beseitigt werden muss.

Niedersachsen ist im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen von jeder möglichen Variante betroffen und legt daher sehr großen Wert auf eine gründliche Abwägung. "Deshalb ist es absolut richtig, dass der niedersächsische Landtag jetzt den Antrag der CDU auf eine Vorfestlegung abgelehnt hat", erklärte Lies abschließend.